

## **Vorsicht - Verklärung ?!**

### **20 Jahre nach dem Fall der Mauer**

Tagung mit Wissenschaftlern und Zeitzeugen  
im Gespräch über die DDR  
am 28. und 29. August 2009  
in der Europäischen Akademie Berlin

#### **Die Aktion Gemeinsinn und das Thema Deutsche Einheit**

Zwanzig Jahre nach dem Fall der Mauer sind die Deutschen in Ost und West von einem einheitlichen, generationenübergreifenden Geschichtsbild noch weit entfernt. Vier Jahrzehnte SED-Diktatur werden heute von vielen verharmlost, ja schöngeredet. Seriöse Studien fördern erschreckende Fehleinschätzungen und Informationslücken zutage.

Die Aktion Gemeinsinn war die erste bundesweit tätige nichtstaatliche Organisation, die unmittelbar nach der Wende die Aufarbeitung der SED-Diktatur und das Ringen um die innere Einheit mit Tagungen und Anzeigenkampagnen zu einem Schwerpunkt ihrer Aktivitäten machte. Dafür hat sie im vergangenen Jahr anlässlich der Feierlichkeiten zum 3. Oktober den „Einheitspreis“ der Bundeszentrale für politische Bildung erhalten.

Zum Auftakt dieses Jubiläumsjahres, im Januar 2009, rief die Aktion Gemeinsinn in einer Testimonial-Anzeige namhafter Persönlichkeiten unter dem Titel „20 Jahre Freiheit – die Opfer der Unfreiheit brauchen Mitgefühl und Hilfe“ dazu auf, Kontakte zu Verfolgten des SED-Regimes zu knüpfen oder zu intensivieren. Diese Pro-bono-Anzeige in der Tages- und Wochenpresse erreichte eine Auflage von über 13 Millionen.

Die Tagung „Vorsicht - Verklärung!?“ in der Europäischen Akademie in Berlin am 28./29. August 2009 führte Wissenschaftler, Bürgerrechtler, Journalisten und Zeitzeugen zusammen. In Referaten, Podiumsdiskussionen und Plenardebatten sollten Wissenslücken geschlossen und Geschichtsklitterungen beseitigt werden. Es ging darum, das Engagement der Bürgerinnen und Bürger - insbesondere auch junger Leute - für das Zusammenwachsen von Ost und West zu fördern sowie ein besseres Verständnis füreinander zu wecken und zu stärken.

#### **Auszug aus der Begrüßung durch die Vorsitzende der Aktion Gemeinsinn, Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast:**

Auf einer Basiskonferenz der Links-Partei in Mecklenburg-Vorpommern im Juli dieses Jahres sagte ein älteres Parteimitglied: „Die DDR war ein Rechtsstaat mit Unrecht. Das ist die BRD auch – wenn man an das KPD- und FDJ-Verbot denkt.“

Nach einer Emnid-Umfrage beurteilen 57 Prozent der Ostdeutschen die DDR positiv: Sie habe „mehr gute als schlechte Seiten gehabt...Mit den paar Problemen hätte man gut leben können.“ Westdeutsche erklärten dagegen in dieser Umfrage, die DDR habe „ganz überwiegend schlechte Seiten gehabt“. Klaus Schröder, Leiter des Forschungsverbandes

SED-Staat an der FU Berlin, stellt fest: „Nicht einmal die Hälfte der ostdeutschen Jugendlichen bezeichnet die DDR als Diktatur. Eine Mehrheit hält die Stasi für einen normalen Geheimdienst“. Und er ergänzt: „Im Unterricht kommt die DDR in West- und Ostdeutschland kaum vor.“

Das sind Bestandsaufnahmen von 2009, 20 Jahre nach dem Fall der Mauer, 20 Jahre nach der friedlichen Revolution. Die Reihe der beschönigenden, verharmlosenden Bemerkungen zum Wesen der 2. deutschen Diktatur im 20. Jahrhundert ließe sich fortsetzen, ebenso die Zahl der Studien, die krasse Fehleinschätzungen und Wissenslücken in der Bevölkerung zutage fördern – in Ost und West, und nicht nur bei den jungen Leuten.

Die ‚Aktion Gemeinsinn‘ kann dieses Jubiläumsjahr nicht verstreichen lassen, ohne sich der Frage anzunehmen: Woher rührt der Hang zur Verklärung des SED-Staats, warum wissen Deutsche in den neuen und den alten Ländern so wenig über diesen Teil der Nachkriegsgeschichte? Wo müssen nicht nur Politiker, sondern auch Lehrer, Sozialarbeiter, Wissenschaftler, Medienvertreter, Künstler oder einfach zivilgesellschaftlich engagierte Bürgerinnen und Bürger ansetzen, um das nachzuholen, was offenbar nach der ersten Phase der Euphorie nach der Wende versäumt worden ist?

**Rechtsanwältin Brigitta Kögler (Jena):**  
**Recherchen zum Unrechtsstaat**  
Impulsreferat (gekürzte Fassung)

Bildunterschrift: *„Ich wollte keine bessere DDR, weil sie menschenverachtend war.“*

Es ist keine Frage, dass in einem unterschiedlichen, nicht vergleichbaren Ausmaße Verbrechen in der Nazi-Zeit und politische Straftaten in der DDR begangen worden sind. Aber ist ein Staat, der eine Diktatur war und Unmenschlichkeiten belegbar begangen hat, schon ein Rechtsstaat, nur weil das Ausmaß anders, geringer war? Nur weil die Mehrzahl der DDR-Bürger nichts mit dem Staatsanwalt, nichts mit dem Gericht zu tun hatte und keinen Strafvollzug von innen kannte? Auch in der DDR hat sich Unrecht auf Unrecht gehäuft. 20 Jahre nach dem Ende der DDR muss leider festgestellt werden, dass nicht nur in den neuen Bundesländern das begangene Unrecht, das die Qualifikation der Rechtsstaatswidrigkeit verdient, einfach weggedacht wird.

Die strafrechtliche Aufarbeitung der SED-Diktatur wurde in Westdeutschland erleichtert durch die Schaffung der Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltung in Salzgitter nach dem 13. August 1961, und zwar auf der Grundlage der Übereinkunft aller Justizminister und Senatoren der Bundesrepublik auf ihrer Konferenz am 25./27. Oktober 1961. Dies ging auf die Initiative des Hamburger CDU-Vorsitzenden Blumenfeld und Willy Brandts zurück, der als Regierender Bürgermeister von Berlin bereits am 5. September 1961 in einem Fernschreiben an die Ministerpräsidenten der Länder ein solches Archiv forderte. Die Aufgabe fiel Niedersachsen zu, weil dieses Land die längste Grenze zur DDR hatte.

Ein Erfassungskatalog begründete eine quasi örtliche Sonderzuständigkeit für die Staatsanwaltschaft beim OLG Braunschweig nach:

1. Tötungshandlungen jeder Art einschließlich Versuchshandlungen, die im Zusammenhang mit der Beschränkung der Freizügigkeit oder unter Missachtung der Menschenwürde zur Durchsetzung der Zwecke des Regimes begangen worden waren, angeordnet oder geduldet wurden,
2. Terrorurteilen, die aus politischen Gründen zu exzessiven, mit den Grundsätzen der Menschlichkeit nicht zu vereinbarenden Strafen gefasst wurden,
3. Misshandlungen, die während Ermittlungsverfahren oder unter dem Deckmantel strafgerichtlicher Ermittlungen begangen wurden oder denen Verurteilte im

- Strafvollzug ausgesetzt waren,
4. Handlungen, die den Verdacht einer Straftat (nach § 220 a StGB Völkermord, § 234 a StGB Verschleppung und § 241 a StGB politische Verdächtigungen) begründen.

Die in Salzgitter gesicherten Beweismittel resultieren u. a. aus den Angaben von 33.000 in der Zeit von 1963 bis 1990 freigekauften Häftlingen, teilweise aus gerichtlichen Unterlagen, persönlichen Mitteilungen von Zeugen, Angehörigen der NVA, des Bundesgrenzschutzes usw. 41.390 Gewaltakte wurden erfasst. 197 Menschen verloren ihr Leben bei dem Versuch, die DDR in Ausübung des Rechts der Freizügigkeit zu verlassen. 20 davon wurden Opfer der Minenfelder und Selbstschussanlagen. Weitere 700 Personen wurden verletzt. 4.444 Fälle von versuchten und vollendeten Tötungshandlungen waren bis zum 3. Oktober 1990 registriert. Es gab mindestens 35.000 politische Verurteilungen. Nicht registriert sind die politischen Urteile mit weniger als einem Jahr Freiheitsentzug. Bei diesen Zahlen sind nur die Verfahren registriert, aber nicht die Anzahl der betroffenen Personen. In einem Verfahren wurden oft mehrere Personen verurteilt. Dem aufrechten Demokraten Willy Brandt ist es zu danken, dass die geschichtliche Aufarbeitung der Diktatur DDR ermöglicht wurde. Nach dem 3. Oktober 1990 wurde die Sonderzuständigkeit von Salzgitter an die örtlichen Zuständigkeiten abgegeben.

Bemerkenswert war, dass die DDR-Justiz nach der Wende zunächst den Versuch unternommen hatte, Honecker wegen Hochverrats gem. § 96 DDR-StGB anzuklagen. Ihm, Günther Mittag und Erich Mielke wurde vorgeworfen, u. a. Art. 31 der DDR-Verfassung verletzt zu haben. Ihr Verhalten sollte also an der Verfassung der DDR gemessen werden. Noch im Mai 1989 hatte Prof. Riege, damals Staatsrechtler an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, auf meine Frage nach der Notwendigkeit eines Verfassungsgerichts in der DDR, um den Gesetzesverletzungen der Gerichte im Lande zu begegnen, erklärt, es genüge, dass der Rechtsausschuss der Volkskammer mehr Kompetenzen erhalte, um der verfassungswidrigen Praxis in der DDR entgegenzuwirken.

Der 1990 amtierende DDR-Generalstaatsanwalt Reuther hatte darüber nachgedacht, die Regierungsmitglieder der DDR wegen "verfassungsfeindlichen Zusammenschlusses" nach § 107 DDR-StGB zu verfolgen. Im März jedoch stellte er das Verfahren ein mit einer juristisch fehlerhaften Begründung: Er verneinte die Anwendung von § 107 DDR-StGB, weil die Verfassungsbrüche als Ausdruck einer deformierten, stalinistisch geprägten Vorstellung von der führenden Rolle der Partei nicht in erster Linie einzelnen Personen zuzuordnen seien, sondern dem System als Ganzem. Das bedeute, die Beschuldigten hätten in einem fehlerhaften Verfassungsverständnis gehandelt. Sie hätten geglaubt, ihr Handeln sei rechtmäßig. Die individuelle Verantwortlichkeit wurde also beiseite geschoben. Alles was Unrecht war, wurde dem System als Ganzem angelastet. Das entspricht der These, dass nicht der Täter allein, sondern mit ihm auch die Gesellschaft für gewisse Verbrechen verantwortlich ist. Dieser These folgend wurde von kirchlicher Seite zur Entschuldigung von Stasi-Spitzeln erklärt: Täter seien zugleich Opfer gewesen. Dieses Argument kann zwar zum Zweck einer Strafmilderung angeführt werden, aber kein strafbares Handeln gerechtfertigt und entschuldigt werden. Zum Ende der DDR fanden Hochverratsprozesse wegen schwerwiegender Verletzung selbst der Verfassung der DDR nicht mehr statt. Auch die Prozesse wegen Wahlfälschungen bei den Kommunalwahlen im Mai 1989 gingen ins Leere; Anzeigenerstatter wurden überprüft und schikaniert. 70 Spitzenfunktionäre auf Kreis- und Bezirksebene standen damals unter dem Verdacht der Wahlfälschung. Verurteilt wurde Egon Krenz als Vorsitzender des Zentralen Wahlausschusses der DDR, eines der wenigen Urteile mit dem Geschmack des Exemplarischen.

Es gab auch im Strafgesetzbuch der DDR Regelungen, denen zufolge die Einflussnahme auf Richter nach § 238 DDR-StGB unter Strafe stand. Die SED-Kreisleitungen nahmen aber ungeachtet dessen täglich auf Entscheidungen der Richter Einfluss. Der Direktor des Kreisgerichts wurde in die Kreisleitung zum Rapport bestellt, und die Staatssicherheit ging im Gericht aus und ein. Schließlich lebte man in einer Diktatur. Es herrschte das Prinzip des sog. „Demokratischen Zentralismus“. Gewaltenteilung, die die Unabhängigkeit des Gerichts sichert, gab es nicht.

Die Verklärung der DDR 20 Jahre nach dem Mauerfall zu einem Rechtsstaat, in dem es nur einzelnes Unrecht gegeben hätte, kann aber allein schon mit dem Selbstverständnis dieser Diktatur widerlegt werden. Das Recht war der Diktatur untergeordnet. Wenn ein Ausreiseantragsteller Berufsverbot erhielt, obwohl es offiziell in der DDR kein Berufsverbot gab, dann entschied der Richter eines Arbeitsgerichts nicht nach dem Buchstaben des Gesetzes, sondern wie von ihm gefordert.

Ein sozialistisches Strafgesetzbuch der DDR existierte überhaupt erstmals ab Januar 1968, also 7 Jahre nach dem Mauerbau. Bis zum Inkrafttreten des StGB am 12. Januar 1968 galt das Reichsstrafgesetzbuch von 1871 mit Normierungen aus der Zeit der NS-Diktatur. Es gab Befehle der sowjetischen Besatzungsmacht, das Gesetz zum Schutz des Friedens, eine Verordnung über die Aufenthaltsbestimmung vom August 1961 und sog. Blankettnormen, wie Art. 6 (Boykotttätze) der DDR-Verfassung. Weder die alten Normen von 1871 noch das Strafgesetzbuch von 1968 können ein Beleg für die Rechtsstaatlichkeit der DDR sein, ganz im Gegenteil. Schon der O-Ton in §§ 96 bis 111 des StGB der DDR war martialisch. Es wurde der Begriff des Hochverrats eingeführt, der zuvor als Staatsverrat bezeichnet worden war. Eine völlig neue Form, der landesverräterische Treuebruch, wurde eingeführt, der als Höchststrafe ein Todesurteil zuließ. Dieser zielte auf DDR-Bürger ab, die außerhalb der DDR-Grenzen mit "imperialistischen Geheimdiensten" zusammenarbeiteten.

1967 wurde das Staatsbürgerschaftsgesetz eingeführt, für das Prof. Riege von der Friedrich-Schiller-Universität Jena federführend war. Daraus resultierte eine Verfügungsgewalt über ehemalige DDR-Bürger, die republikflüchtig geworden waren. Das „harmloseste“ Delikt war staatsfeindliche Verbindungsaufnahme oder ungesetzliche Verbindungsaufnahme. Nach § 219 waren 3 Jahre Haft möglich. In willkürlicher Auslegung konnte das aber auch z. B. die Eltern eines vermissten Kindes treffen, die sich mit den undurchsichtigen Ermittlungen in der DDR nicht zufrieden gaben und sich an westliche Organisationen gewandt hatten - ein Vorgang, der kein regulärer Ermittlungsvorgang war, sondern von Anfang an in den Händen der Staatssicherheit lag, der sog. Abteilung K1. Die Eltern hatten sich lediglich nicht damit zufrieden gegeben, dass nicht nach allen Seiten ermittelt wurde. Sie erhielten 4,6 Jahre Freiheitsstrafe für die Verbindungsaufnahme und wurden in den Westen abgeschoben. - In einem anderen Fall, den ich im Zusammenhang mit verwaltungsrechtlicher, berufsrechtlicher Rehabilitierung vertrat, hatte 1972 ein Student im Rahmen seiner Diplomarbeit in Prag Kontakt mit der dortigen Filiale der Lufthansa aufgenommen. Er musste die Hochschule für Verkehr verlassen, ohne seine Diplomarbeit einreichen zu können, und wurde zur Bewährung in die Produktion geschickt. Dort musste er als Gleisbauer arbeiten. Der Personalausweis wurde ihm entzogen, damit er die DDR nicht verlassen und erneut nach Prag reisen konnte. Im Jahre 1973 erhielt er für die Zeit der Weltfestspiele das sog. Berlinverbot. Damit nicht genug: Es erfolgte Einweisung in eine Psychiatrie gegen seinen Willen und ohne Überprüfung durch ein Gericht.

In der DDR wurden allein 40 Regelungen (§§ 210 bis 250 StGB der DDR) neu geschaffen, welche Straftaten gegen die Staatliche Ordnung formulierten. Darunter fällt der Zusammenschluss zur Verfolgung gesetzwidriger Ziele sowie landesverräterische Nachrichtenübermittlung. Wer ein Plakat hochhielt und erklärte, er wolle ausreisen, machte sich der Beeinträchtigung staatlicher und gesellschaftlicher Tätigkeiten nach § 214 StGB schuldig. Wer sich mit anderen Ausreisewilligen zusammentat, erfüllte den Tatbestand der Vereinsbildung zur Verfolgung gesetzwidriger Ziele. Vom Straftatbestand "Verleiten zum Verlassen der DDR" konnte praktisch jeder erfasst werden, der auch nur mit jemandem befreundet war, der ausreiste.

Die Aufnahme in die Vereinten Nationen 1973, die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975 und das Inkrafttreten des UN-Paktes über bürgerliche und politische Rechte 1976 hatten die DDR in Zugzwang gebracht. Die von der DDR anerkannten Dokumente boten Ausreisewilligen nämlich die Möglichkeit, sich auf internationale Verträge zu berufen. Die Folge war: Die Zahl der Ausreisewilligen stieg an. Die DDR reagierte darauf auf Weisung Erich Honeckers mit einer Verschärfung des 2. Strafrechtsänderungsgesetzes. Durch den Beitritt der DDR zu den internationalen Pakten änderten sich die Methoden zur Verschleierung der politischen Straftatbestände: Der Betroffene wurde kriminalisiert durch

Scheinbeschuldigungen, z.B. Steuerhinterziehung oder Devisenvergehen.

Typisch waren Strafverfolgungen, die regelrecht Kampagnencharakter im Sinne der „Agitprop“ des DDR-Regimes hatten, so z. B. die Aktion "Banner", die auf einen Beschluss des Nationalen Verteidigungsrates vom 17. Mai 1973 zurückging. Der Minister für Verteidigung und Staatssicherheit und der Minister des Innenrates waren einbezogen, um z.B. die Sicherheit der 10. Weltfestspiele in Ostberlin zu gewährleisten. Statistisch aufgearbeitet ist die Erfassung von 29.962 Personen, gegen die damals vorbeugend ermittelt wurde. 604 Personen kamen in psychiatrische Einrichtungen, 978 Jugendliche in Werkhöfe, 1.473 Kinder in Spezialkinderheime. Einer statistisch nicht erfassten Zahl von Bürgern wurden die Personalausweise abgenommen und ihnen wurde ein „Berlinverbot“ erteilt - das alles allein für die angeordnete „Kampagne“ Weltfestspiele. Der Weltjugend wurde damals eine saubere, Fahnen schwenkende fröhliche Jugend präsentiert als Beleg für den Traum vom Sozialismus.

In den Statistiken, die bis jetzt erstellt wurden, sind zwar Ermittlungsverfahren und Freiheitsstrafen wegen Republikflucht nach § 213 StGB der Jahre 1968 bis 1989 erfasst, aber nicht der Druck auf das Umfeld der Flüchtlinge. Der führte dazu, dass man tat, was verlangt wurde, um keinen Ärger zu haben. Die Statistik belegt, dass z.B. 1968 allein 4.495 Täter ermittelt worden waren wegen Republikflucht, 1987 weitere 5.696. 1988 stieg die Zahl auf 9.169 an. Für das Jahr 1989 gibt es keine Statistik, aber diese Ausreisewelle ist medienbekannt geworden. Vorher fehlte die Öffentlichkeit.

Außer den gesetzlichen Regelungen, die im Gesetzblatt der DDR veröffentlicht waren, existierten sog. „Schubkastenverordnungen“ und Richtlinien. So heißt es in einer Richtlinie des MfS 1/76 zur Entwicklung und Bearbeitung operativer Vorgänge (OV) wie folgt: *"Bewährte anzuwendende Formen der Zersetzung sind: systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes, des Ansehens und des Prestiges auf der Grundlage miteinander verbundener wahrer, überprüfbarer und diskreditierender sowie unwahrer, glaubhafter, nicht widerlegbarer und damit ebenfalls diskreditierender Angaben; systematischer Organisation beruflicher und gesellschaftlicher Misserfolge zur Untergrabung des Selbstvertrauens einzelner Personen."*

So sind Stasi-Berichte - teils wahr, teils unwahr - bis zum heutigen Tag zu gefährlichen Dokumenten geworden. Man wusste, dass man Unrecht tat, man entwickelte Methoden, erließ Befehle gegen sein eigenes Staatsvolk. Es gibt praktisch keine Berufsgruppe, die nicht von den Repressionen der Diktatur der DDR betroffen war. Beispiele hierzu finden sich in dem Buch von Dieter Gräf "Im Namen der Republik - Rechtsalltag in der DDR". Dieter Gräf war Rechtsanwalt in Weimar, später beim Konsistorium der evangelischen Kirche in Magdeburg. Nach seiner Ausreise in den Westen veröffentlichte er das Buch über den Alltag eines Rechtsanwaltes in der DDR. Im Überwachungsstaat DDR mussten nur ca. 600 Rechtsanwälte unter Kontrolle gehalten werden (zum Glück funktionierte das nicht immer). Von einem Rechtsstaat konnte jedenfalls bei nur 600 Anwälten für 17 Mio. Staatsbürger nicht die Rede sein.

Von besonderer Tragweite war die Zwangsaussiedlung von im Grenzgebiet zur Bundesrepublik wohnenden Personen in den Jahren 1952 und 1961. Davon waren 12.500 Personen betroffen, die umgesiedelt, d.h. deportiert wurden. Die Auswahl dieser Personen erfolgte auf der Grundlage von Karteikarten. Es wurden Ablaufpläne erstellt. Der nationale Verteidigungsrat hatte das MfS damit beauftragt. Die Durchführung des Befehls 35/61 war eine geheime Verschlussache. Die Ausweisungen waren mündlich zu erteilen. Die Zwangsaussiedlungen wurden ohne jede Vorankündigung im wahrsten Sinne des Wortes "bei Nacht und Nebel" durchgeführt. Es erfolgte die Verladung auf vorgefahrene Fahrzeuge. Der zurückgelassene Besitz musste entweder zu Spottpreisen verkauft werden, oder es erfolgte die Enteignung nach dem sog. Grenzgesetz von 1961. Nach dem 3. Oktober 1990 gab es mehrere Verfahren wegen Verletzung der Menschenrechte durch Zwangsaussiedlung an der Innerdeutschen Grenze. Die von der Zwangsaussiedlung Betroffenen wurden zwar rehabilitiert und entschädigt. Die Deportation von 12.500 Menschen aus dem Innerdeutschen Grenzgebiet ist und bleibt aber ein Verbrechen. Auch wenn sich der Internationale Militär-

Strafgerichtshof nicht damit beschäftigt hat, darf dies nicht vergessen werden, denn immerhin hatte die DDR massiv gegen "die im Statut des Nürnberger Gerichtshofes anerkannten Völkerrechtsgrundsätze" verstoßen. Auch wenn es für die Deportation an der Innerdeutschen Grenze keine juristische Aufarbeitung gegenüber den Tätern gegeben hat, so ist auf jeden Fall heute die historische Bewertung als solche bei der Beurteilung des Unrechtsstaates DDR geboten und **darf nicht vergessen werden**.

### Podiumsdiskussion mit

- **Prof. Dr. Eckhard Jesse, TU Chemnitz**, Forschungsschwerpunkte Demokratie-, Extremismus- und Totalitarismus- sowie Wahl- und Parteienforschung
- **Prof. Dr. Eckart Klein**, Leiter des Menschenrechtszentrums der **Universität Potsdam**
- **Dr. Reinhard Höppner, Ministerpräsident a.D.**, zu DDR-Zeiten Präses der Kirchensynode der evangelischen Kirche, Vorsitzender der letzten, nun endlich demokratisch gewählten Volkskammer der DDR
- **Ulrike Poppe**, Studienleiterin an der **Evangelischen Akademie zu Berlin**, Bürgerrechtlerin der ehemaligen DDR
- **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, Staatssekretärin a.D., Vorsitzende der Aktion Gemeinsinn (Moderation)**
- 

### Die Positionen der Diskutanten zu einzelnen Themen in einer kurzen Zusammenfassung:

#### Was können Ursachen für die Verklärung sein?

**Prof. Jesse:** Die Verklärung ist ein doppelschichtiges Problem, hat sozialisations- und situationsbedingte Ursachen. Wir kannten sie auch im Westen nach dem Zivilisationsbruch der NS-Zeit. Dazu kommt, dass vieles bei der DDR-Jugend nicht bekannt war, so z. B. dass es die Todesstrafe gab oder die Verbrechen in der Stalin-Ära. Es war außerdem ein Geburtsfehler der Wiedervereinigung, sich am DDR-Recht und am Westrecht zu orientieren. Ost sollte nicht gegen West gestellt werden.

**Ulrike Poppe:** Gravierender als die Informationsdefizite im Osten ist die Verklärung im Westen. Links ausgerichtete Wissenschaftler haben die positiven Seiten des sozialistischen Regimes einseitig betont. Die

Aufarbeitung stößt jetzt bei der DDR-Jugend auf Trotz („das war nicht, was unsere Eltern erlebt haben“). Dahinter könnten Enttäuschungsreaktionen der Eltern nach der Wiedervereinigung stehen. Es war sicher ein Fehler, dass die Politiker nicht klar gesagt haben, was auf die DDR-Bürger nach der Wende zukommt.

**Dr. Höppner:** Ständige einseitige Verunglimpfungen führen zu unfreiwilligen Verteidigungspositionen und Nostalgie. Das ist eine menschliche Komponente, die berücksichtigt werden muss. Dieses Phänomen der „Ostalgie“ ist im Übrigen eine ganz alte



v.l.n.r.: Prof. Dr. Eckart Klein, Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, Ulrike Poppe, Prof. Dr. Eckhard Jesse

Geschichte. Auch das Volk Israel hat sich nach der Befreiung auf seinem langen Marsch durch die Wüste an die Fleischtöpfe Ägyptens zurückgesehnt.

**Prof. Klein:** Die Menschen spüren den Vorwurf, dass sie nichts gegen die Diktatur getan oder sogar mitgemacht haben. Wie weit kann man aber Widerstand verlangen? Die Generation, die ihre Eltern scharf kritisiert hat, merkt vielleicht, dass es auch in ihrer Gegenwart Ereignisse gibt, zu denen sie nicht Stellung genommen hat.

#### **Stimmen aus dem Publikum:**

- Es besteht die Gefahr, dass ein Rückblick auf positive Elemente zur unkritischen Verklärung führt.

#### **Was für ein Staat war die DDR?**

**Ulrike Poppe:** Die DDR hat selbst nicht behauptet, ein Rechtsstaat zu sein. Sie stand über dem Recht, es herrschte Klassenjustiz. Rechte waren für die Bürger nicht einklagbar. Es gab aber Spielräume und auch Verantwortung für Politiker und andere wichtige Repräsentanten der Gesellschaft. Die Frage, warum hat z.B. der Staatsanwalt mitgemacht, darf gestellt werden. Seine Schuld liegt in der Verletzung kognitiver Pflichten – er hätte es besser wissen können.

**Dr. Höppner:** Es gab keine Verwaltungsgerichte und kein Verfassungsgericht, bei denen die Bürger ihre Rechte hätten einklagen können. „Die DDR“ gibt es nicht, sondern die der 50-er Jahre, die nach dem Mauerbau, die der 70-er Jahre (Annäherung), die der 80-er Jahre etc. Für die 50-er Jahre stimmt ganz eindeutig, dass die DDR ein Unrechtsstaat war. Sie hat sich selbst Diktatur des Proletariats genannt und war geprägt von einer Klassenkampfmentalität mit Feindbegriffen. Das war der Kern, aus dem das Unrecht entstand. Unter den DDR-Bürgern gab es keine Verständigung über das Wesen der DDR-Gesellschaft. Man zog sich in Nischengesellschaften zurück, sah immer nur sein eigenes Lebensumfeld.

**Prof. Klein:** Die DDR war nur nach eigenem Maßstab ein verfassungsgerechter Staat, nicht nach Völkerrecht. Sie hatte sich zwar den Völkerrechtskonventionen angeschlossen (das allerdings in der DDR nicht öffentlich gemacht), aber Einschränkungen, die möglich waren, zur Regel gemacht. So war nicht die Tatsache der Todesstrafe das Problem, sondern ihre breite Streuung. Nicht der Wortlaut der Verfassung zählt, auch der Geist der Verfassung und die Verfassungsrealität müssen berücksichtigt werden. Die antifaschistische Legende („Friedensstaat“) war nur ein Deckmantel, unter dem viel verschwinden konnte.

**Prof. Jesse:** Man muss sagen dürfen, dass die DDR ein Unrechtsstaat war. Das betrifft nicht das Leben des einzelnen Bürgers.

#### **Stimmen aus dem Publikum:**

- Die DDR war nicht eine Diktatur des Proletariats, sondern gegen das Proletariat.
- Die DDR hätte den Test freier Wahlen nie bestanden.
- Zwangsmaßnahmen wie Kollektivierung und Umsiedlungen waren der Beginn von einzelnen Phasen des Unrechts, die aufeinander aufbauten.
- Den Tätern darf keine positive Biographie zugestanden werden. Der Staat muss als diktatorisches Regime gesehen werden, der den Menschen die Freiheit nahm.
- Die Scheußlichkeit eines Systems wird nicht geringer, weil es ein noch scheußlicheres (NS-Regime) gab.

#### **Was ist zu tun?**

Schüler wollen keine neuen Verurteilungen, sondern Geschichten, wie die Diktatur wirkte. Es ist deshalb wichtig zu erzählen, wie Kinderkrippen, Kindergärten, Horte, Altenheime etc. in der DDR aussahen, wie die große Masse lebte. Man muss sich fragen, woran die Menschen geglaubt haben, die sich mit der DDR angefreundet hatten, man muss auch ihre Hoffnung auf ein gerechteres System ernst nehmen. Das ist wichtig um zu verhindern, dass sich unterschwellige Tendenzen reaktivieren.

**Dr. Hubertus Knabe, Leiter der Gedenkstätte Hohenschönhausen: Erfahrungen mit Besuchern, Haltung von Jugendgruppen und Schulklassen – Zusammenfassung des Erfahrungsberichts**

Aus der Sicht von Dr. Knabe stimmt es nicht, dass die DDR-Vergangenheit heute niemanden mehr interessiert. Das zeigt der kontinuierliche Anstieg der Besucherzahlen. Das Interesse wächst auch gerade bei jungen Leuten (wachsende Zahlen von organisierten Gruppenbesuchen wie Schulklassen ebenso wie von Einzelbesuchern).

Zurückzuführen ist das neben einer guten Öffentlichkeitsarbeit vor allem auf den Schneeballeffekt durch beeindruckte Besucher. Die Authentizität des Ortes (unverändertes Gefängnis) sowie die Führung durch ehemalige Häftlinge zeigen Wirkung. Die Diktatur wird so fassbar mit allen Sinnen. Die Besucher sind neugierig, interessiert, bringen Empathie für die Opfer mit. Ein Problem bei Schülern ist, dass ihr Vorwissen praktisch gleich null ist.

Dazu kommt ein Mangel an Urteilsvermögen; die Dinge können nicht eingeordnet werden. Das ist bei Erwachsenen anders, weil sie eigene Erfahrungen mitbringen.



Dr. Hubertus Knabe, Leiter der Gedenkstätte Hohenschönhausen und Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, Vorsitzende der Aktion Gemeinsinn

Neben regionalen (Ost-/West-) Unterschieden von Besuchern gibt es auch eine unterschiedliche Nutzung des Angebots durch die Parteien. Die Linken schicken keine Gruppen, die Grünen wenige. Dafür wächst die Zahl internationaler Besucher; viele kommen aus Skandinavien und den Benelux-Staaten. Die DDR ist nicht nur ein nationales Thema. Wichtiger als die Frage ‚Wer kommt?‘ ist allerdings die Frage ‚Wer kommt nicht und warum?‘. Es kommen wenige Besucher aus dem Osten. Offenbar gibt es Blockaden auf verschiedenen Ebenen. Der Schneeballeffekt tritt im Osten nicht ein. Vielleicht haben alte Lehrer und Eltern Angst vor unbequemen Fragen. Ein Grund könnte auch im unterschiedlichen Klima in Ost und West liegen. Im Osten wirkt die Linke als starke politische Kraft mit Vermeidungsstrategie. Dazu kommt die politische Einstellung der Medien. Gerade die Printmedien arbeiten dort noch mit alten Belegschaften; eine Stasi-Überprüfung hat nicht stattgefunden. So gibt es weniger Veranlassung, sich kritisch auseinanderzusetzen, was sich wiederum auf die Meinungsbildung auswirkt. Das hat sich zwar im Laufe der Zeit etwas verändert; für die Ursachenforschung bleibt diese Tatsache aber als Erklärungsmöglichkeit wichtig. Die friedliche Revolution hat zu wenig Anerkennung gefunden, wurde nicht als Identifikationsmoment genutzt. So gibt es z.B. keine Straßenbenennungen aus diesem Bereich – eine vertane Chance. Die Mehrheit der Menschen in den sozialistischen Gesellschaften waren Mitläufer (mit Ausnahme der Bürger Polens, die als Widerstandsgesellschaft bezeichnet werden können); so erklärt sich, dass sie eine umfassende Aufarbeitung scheuen.

Es ist daher dringend notwendig, sich mehr um Aufklärung zu bemühen. So stimmen z.B. die angeblichen Vorzüge des Gesundheitssystems nicht; das ergibt sich aus der niedrigeren Lebenserwartung im Osten. Unerlässlich sind Änderungen der Lehrpläne und Schulbücher. Die DDR wird in der Regel nur im Rahmen des Ost-/West-Konflikts behandelt. Das verhindert die Auseinandersetzung mit den Strukturen einer Diktatur. Die schulische Bildung und auch die Lehrerausbildung in Deutschland sind in dieser Hinsicht absolut unbefriedigend. Das gilt auch für die Finanzausstattung authentischer Orte. So könnten z.B. mit etwas mehr Geld „rollende Gefängnisse“ der DDR-Zeit genutzt werden, um Schulen anzufahren. Es sollten auch mehr Orte als Gedenkstätten erhalten werden, so z.B. das ehemalige Gefängnis in Rummelsburg, dessen Umnutzung gerade geplant wird. Solche Orte könnten sich im Übrigen durchaus auch selbst erhalten, wenn Eintritt verlangt werden dürfte, was im Moment politisch unerwünscht ist.

Wer der Verklärung entgegenwirken will, muss sich bemühen, das sehr geringe Wissen um die Verbrechen des Sozialismus zu erweitern. Eine qualitative Auseinandersetzung mit der Ideologie des Sozialismus und seiner Utopie des Paradieses auf Erden ist dringend notwendig. Man muss sichtbar machen, wohin das geführt hat, um der Verführungskraft der Ideologie entgegenzuwirken.

In der gesellschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre wurde der antitotalitäre Konsens durch den antifaschistischen ersetzt. Ziel müsste allerdings der demokratische Weg sein. Hier sind eher Rückschritte zu verzeichnen. Die Erinnerungskultur des Widerstands wird vernachlässigt („Kennen Sie einen Namen eines Vertreters des Aufstandes von 1953?“). Es fehlen positive Identifikationsfiguren und positive Darstellungen der Demokratie. Die Aktion Gemeinsinn wird aufgefordert, hier tätig zu werden (z.B. mit einem Projekt „Straßennamen“).

### **Bertolt Brecht: Die Lösung**

Nach dem Aufstand des 17. Juni  
Ließ der Sekretär des Schriftstellerverbands  
In der Stalinallee Flugblätter verteilen  
Auf denen zu lesen war, dass das Volk  
Das Vertrauen der Regierung verscherzt habe  
Und es nur durch verdoppelte Arbeit  
Zurückerobern könne. Wäre es da  
Nicht doch einfacher, die Regierung  
Löste das Volk auf und  
Wählte ein anderes?

### **Warum wird verklärt? - Beobachtungen von Journalisten**

- **Hannelore Kleinschmid**, ehemalige wissenschaftliche Mitarbeiterin der Akademie der Künste der DDR; nach der Flucht 1970 Tätigkeit für diverse Rundfunkanstalten (u. a. BBC, DLF, Rias, NDR), Schwerpunkt: Reportagen, Features, Kommentare zum Thema DDR
- **Harald Kleinschmid**, 1967-70 Literaturredakteur der DDR-Zeitschrift "Das Magazin"; nach dem Verlassen der DDR 1970 im Westen tätig, vor allem als Redakteur des Deutschlandfunk/DeutschlandRadioKultur bis 2004, seitdem freier Mitarbeiter für die beiden Programme
- **Dr. Hilde Hess**, Vor der Wende als Redakteurin beim DFF in der DDR tätig, nach der Wende Redaktionsleiterin in der Hauptredaktion Reihen und Serien (Vorabend) des ZDF in Mainz

Alle drei Zeitzeugen - Hannelore Kleinschmid und Hilde Hess als DDR-Bürger, Harald Kleinschmid als Österreicher, der aus persönlichen Gründen als Jugendlicher in die DDR kam und dort studierte – fühlen sich nicht als Opfer, wohl aber als Betroffene. Ihre

Beobachtungen als Journalisten, die sowohl in der ehemaligen DDR als später auch im Westen tätig waren, kurz zusammengefasst:

### **Hannelore Kleinschmid:**

Auch wenn man kein Opfer war, bekam man den Druck des Systems zu spüren. Man musste z.B. Unterschriften leisten, dass man keine Westsender hörte. Dieser Druck wuchs stufenweise und gipfelte in Studienausschluss und „Bewährung in der Produktion“. Die Frage nach den Grenzen der Feigheit stellte sich immer wieder: Wann schadet es politisch oder anderen? Irgendwann kommt dann die persönliche Entscheidung darüber, welches Land das bessere ist.

Als DDR-Flüchtling im Westen spürt man den Verlust der Vergangenheit. Es war keine Selbstverständlichkeit, aus dem Osten zu kommen. Man war ein Exot, konnte nicht unbefangenen davon erzählen.

Die Probleme nach der Wende haben verschiedene Ursachen. Das Verschweigen der Wirklichkeit in den DDR-Medien hat seine Wirkung getan; kaum einer war sich bewusst, dass der Staat vor dem Bankrott stand; die Zahlen zur Kriminalität wurden verschwiegen. Das Bild, das die Westmedien von der Bundesrepublik zeigten, wurde verschönt aufgenommen: Weil man nicht so nah dran war, hörte man über die alltägliche Problematik weg. Es kam zu Fehleinschätzungen. Heute weiß man, dass soziale Absicherung allein nicht ausreicht. Die Strukturpolitik kam lange Zeit zu kurz.

### **Harald Kleinschmid:**

Obwohl der österreichische Pass ein Privileg war, das seiner Frau, Hannelore Kleinschmid, mit der Heirat die Doppelstaatlichkeit einbrachte, durfte das Ehepaar die DDR nicht verlassen. Bei der Eheschließung mussten sich beide verpflichten, ihren Wohnsitz in der DDR zu nehmen. Der österreichische Pass eröffnete dann aber die Möglichkeit, die DDR über Drittländer zu verlassen. Die Entscheidung, die DDR zu verlassen, fiel 1970 nach dem Einmarsch der Russen in die CSSR; dazu kamen persönliche Gründe.

Die persönliche Vita war der Grund für Harald Kleinschmids berufliches Engagement in Sachen DDR, die persönlichen Kontakte in der DDR (ein Gesetz von 1972, nach dem alle, die die DDR verlassen hatten, die Staatsbürgerschaft verloren, ermöglichte die Einreise aus beruflichen Gründen) waren Grundlage seiner journalistischen Arbeit.

Nach der Wende wurden einige entscheidende Fehler gemacht. Die Politik hat zu große Erwartungen geweckt. Die Wirtschaft hat zu kurzfristig gehandelt und zu viele Betriebe geschlossen. Es kam zu Raubrittereien von Westlern (Beispiel: Verkauf von unnötigen Versicherungen). Im Osten war die erlernte Obrigkeitshörigkeit ebenso ein Problem wie die unzulängliche Vergangenheitsbewältigung.

Heute weiß man immer noch zu wenig voneinander. Man müsste sich viel mehr bewusst machen, wie sehr die DDR geprägt hat, im Positiven wie im Negativen. Harald Kleinschmid warnt vor einem Marx-Revival in der Wirtschaftskrise.

### **Hilde Hess:**

In Thüringen an der Grenze zur Bundesrepublik aufgewachsen, verstand sich Hilde Hess als Ost-/West-Kind. Erst als sie nach der Wende in die Bundesrepublik kam, wurde ihr bewusst, dass sie ein DDR-Kind war. Sie hatte das Gefühl, in einer anderen Welt zu sein, weit weg von der DDR. Sie fühlte sich als jemand ohne Vergangenheit; man konnte nicht einfach darüber reden. Das wäre aber wichtig gewesen, weil eine Annäherung nur über Reden möglich ist. Das konnte sie persönlich mit ihrem 1961 geflohenen Bruder in nächtelangen Diskussionen nachholen.

Erfahrungen nach der Wende zeigen, Demokratie muss erlernt werden, auch Selbstorganisation und Führung. Es gab nicht genug Zeit für den Wandel. Die wirtschaftliche Situation war schlecht, die Städte verfallen (ein wichtiger Grund für den Weggang von DDRlern). Ostdeutsche Erfahrungen waren nicht gefragt. Das Gefühl, nicht ernst genommen zu

werden, führte zu Problemen. Es gab viel Desillusionierung, als das Ideal zur Realität wurde. Viele Fehler wurden gemacht aus Unkenntnis von Systemen (Beispiel: Berufungen an Universitäten).

### **Stimmen aus dem Publikum zur Frage, welche Fehler in der Vergangenheit die Verklärung heute fördern:**

- Das Westbild war geschönt; die Bevölkerung wurde durch die Entwicklung überrumpelt; so kam es zu Verletzungen.
- Die Treuhänder machte viele Fehler; sie war ein Konglomerat alter Strukturen.
- Als man Runde Tische organisiert hat, hat man vergessen, auch reinen Tisch zu machen. Wenn die Wende noch länger gedauert hätte, hätten die alten Seilschaften auch noch den Rest „verscherbelt“.
- Erfolgsgeschichten werden übersehen; es gibt wirklich auch blühende Landschaften. Man kann auch in Dörfern der ehemaligen DDR Initiativen zur Förderung eines versöhnlichen Miteinanders erleben. Das muss gesagt, geschrieben und gesendet werden; man muss dafür werben, dass junge Journalisten oder auch Schulklassen den Osten besuchen.
- Im Westen gibt es viel zu wenig Interesse an der DDR; das war Ausland, unbekanntes Land.
- Das Denken ist anders. Einer, der in der DDR aufgewachsen ist, hat gelernt, strukturiert politisch zu denken. Wenn man in einer Gaststätte ins Gespräch kam, wusste man nach 5 Minuten, welche politische Einstellung der andere hatte. Im Westen war das völlig unwichtig, im Osten überlebensnotwendig. Aber man wusste sich zu helfen; so statteten manche die Fahnen mit Antennen für das Westfernsehen aus.
- In der DDR gab es eine „Zweisprachigkeit“: offizielle politische Aussagen in der Öffentlichkeit, private zu Hause.
- Früher Aktive sind auch jetzt Aktive. Das ist eine normale Tatsache, mit der man rechnen muss.

### **„Wir waren betroffen – und wie!“ - Vorschläge von Zeitzeugen, wie die ehrenamtliche Arbeit zum DDR-Thema verbessert werden kann:**

#### **Vorschläge der Arbeitsgruppe**

1. Die Teilnehmer bitten die Aktion Gemeinsinn, sich an alle Kultusminister der Länder mit folgenden Empfehlungen zu wenden:

- die Zeitzeugenarbeit für das Schulwesen überregional und regional in geeigneter Art und Weise verbindlich in die schulische Bildungsarbeit einzufügen,
- Verbindungen zwischen den Informationsträgern (Verbänden der Opfer) und den Schulen herzustellen und
- die bereits bestehenden Informationsforen, wie Schulkinoveranstaltungen oder Vergleichbares auf das jeweils ganze Land auszudehnen.

Ziel muss es sein, den Jugendlichen den Wert der Demokratie zu vermitteln. Das lässt sich sehr nachdrücklich am Unrecht und an den Verbrechen der Diktaturen in Deutschland, hier speziell der kommunistischen Diktatur der „DDR“, mit Hilfe der Zeitzeugen deutlich machen. Die Organisation der Opferverbände übernimmt gemeinsam mit dem „Netzwerk Stasi-Opferhilfe“ und anderen Mitgliedsverbänden die Organisation der Zeitzeugenarbeit. Sie erfasst die Daten von Zeitzeugen

- nach Art der Opfergruppen / Verbrechen der SED,
- nach regionaler Zuordnung / Verfügbarkeit der Zeitzeugen und nach
- speziellen Schulwünschen.

2. Die Aktion Gemeinsinn möge in der Politik aktiv werden, um das Missverhältnis zwischen den Renten der in der DDR verantwortlichen Funktionsträger und denen ihrer Opfer durch gesetzliche Maßnahmen gerechter zu gestalten. Die vom BVG den „Tätern“

erhöhten Renten liegen in der Größenordnung von 4 Milliarden €! Opferrenten dagegen liegen in der Größenordnung von einem Vierzigstel dieser Summe!!!

3. Es wird gefordert, dass in Bezug auf die Wahlen die Stasi-Überprüfung nicht nur verschärft wird, sondern auch auf die alten Bundesländer – gerechterweise – erweitert wird (Kurras lässt grüßen!).

(Ergebnis für die AG unter Leitung von Harry Hinz, formuliert von E.-O. Schönemann)

### **Schlussdiskussion - Zusammenfassung:**

**Zuviel zu fordern, schürt und instrumentalisiert Unzufriedenheit.** Es ist wichtig, auf positive Errungenschaften zu verweisen; es müssen aber auch entstandene Bitterkeiten ernst genommen werden. Man darf nicht vergessen, dass Demokratie immer wieder erkämpft werden muss. Die Leute müssen wissen, welche Rechte sie haben, und das Selbstbewusstsein erlangen, diese Rechte auch einzufordern.

Der persönliche Gewinn durch die Wiedervereinigung war und ist unbestritten. Politisch waren aber enorme Aufgaben zu bewältigen. Bei allen Fehlern, die gemacht wurden, dürfen aber nicht die strukturellen Gewinne übersehen werden, die es im Osten inzwischen gibt (z. B. bessere Straßenbahnen, Telefonnetz etc.). Diese unbestrittenen Fakten widersprechen dem Vorurteil, der Westen sei nicht am Osten interessiert.

Es ist klar, dass **Zeitzeugenberichte** immer subjektiv sind und ein ganzes Spektrum von Erlebnis- und Verarbeitungsmöglichkeiten widerspiegeln. Trotzdem muss der Frage mehr Aufmerksamkeit gezollt werden, wie man aus Opfergeschichten und Zeitzeugenberichten Lehren im Kampf gegen totalitäre Systeme ziehen kann. Es stellt sich als schwierig heraus, Zeitzeugen in Schulen zu bringen. Hierfür gibt es objektive Gründe (organisatorische, zeitliche), aber auch subjektive (Persönlichkeiten von Lehrern und Zeitzeugen). Der gesellschaftliche Druck zur Aufarbeitung ist da; hier kann angesetzt werden.



Zeitzeugenrunde lauscht Herrn Harry Hinz (3. v.l.)

Auf die Frage, wie man eine **positive Gegenbewegung zur falschen Verklärung** in Gang setzen kann, kommen mehrere Vorschläge:

- Es ist wichtig, sich gegenseitig Biographien zu erzählen; das mindert Aggressionen und führt zu Lösungsansätzen. Zeitzeugen müssten aus dem Osten und dem Westen kommen.
- Es braucht Gegenseitigkeit: Auch im Westen gab es schwere Schicksale (Beispiel Flüchtlingsproblematik).
- Verallgemeinerungen führen zu großem Gähnen; konkret zu werden schafft Interesse und macht eine gute Zusammenarbeit möglich.
- Es ist wichtig, dass Jugendliche fragen können und auch Antworten bekommen.
- In den Schulen macht die große Flut von Themen ein Ausfiltern notwendig. Wichtiger wäre es, in die Lehrerfortbildung zu gehen und junge Lehrer betroffen zu machen, um den Boden für Zeitzeugen zu bereiten.
- Eine gute Möglichkeit wäre, Filme zu zeigen und die Schüler fragen zu lassen.
- Die Politiker vor Ort sollten einbezogen werden, ebenso ortsansässige Institute.

- Die Medien, die von der Sensation des Negativen geprägt sind, müssten positiver berichten. Für Außenstehende ist es leichter, Einfluss in diese Richtung zu nehmen, z.B. durch Weitergabe positiver Beispiele an die Presse oder durch Leserbriefe.

Frau Sonntag-Wolgast bedankte sich für das große Engagement der Teilnehmer.

Die **Aktion Gemeinsinn nimmt die Ergebnisse der Diskussionen als Arbeitsauftrag mit**, auch wenn sie zu einzelnen Punkten wie Ungerechtigkeiten in der Rentenfrage nichts tun kann (hier liegt die Zuständigkeit beim Bundestag). Sie wird sich in einem Schreiben an die Kultusminister der Länder wenden, wie von der Arbeitsgruppe gefordert. Denkbar wäre auch eine weitere Tagung zum Thema „Aufklärung – reinen Tisch machen“.

Ergänzende Anmerkung: Der Appell an die Kultusminister der Länder ist inzwischen abgeschickt worden